

# Der oberschlesische



Nr. 5  
97. Jahrgang  
Verlagssort Gleiwitz

Mittwoch, den 7. Januar 1925

Postleitz.-Konto 1382 Telegramme Wandter Gleiwitz Gerichtsstand Gleiwitz  
Telegraphen Gleiwitz 171, 172, 231

Preis: 15 Goldpfennig für voln. Oberschl. 20 Groschen

# Wanderer

Alteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

**Der "Wanderer"** erscheint werktags, mittags. - Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Poln.-Oberschl. monatlich 8½ Zloty, im Voraus zahlbar bei Haus. - Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 2½ Zloty. - Preise freibleibend. - Betriebsförderungen, hervergrufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutschland-Oberschlesien die einschlägige mm-Seite 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einschlägige mm-Seite 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. - Amliche Finanz- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. - In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,10 Zloty. - Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Beilagengebühr 4,- GM %.

Bei gerichtlicher Münzung, bei Auktio oder bei Kontrolle fällt jede Rabattebewilligung fort.

## Sein Rücktritt der preußischen Staats-Regierung

### Nach Übereichung der Entente-Note

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 6. Januar.

Wenige Stunden vor dem Zusammentreffen des Reichstages waren die Botschafter der alliierten Mächte beim Reichskanzler Dr. Marx, um die Note wegen der Räumung der Kölner Zone zu überreichen. Das Interesse der parlamentarischen Kreise konzentrierte sich schlußendlich sofort auf den Inhalt dieser Note, die gerade im gegenwärtigen Augenblick der Regierungsbildung eine nacheinander entscheidende Rolle spielt. In den Beratungen des Reichstages entstanden unter den Abgeordneten sehr lebhafte Erörterungen, bei denen allgemein die Auflösung zum Nachdruck kam, daß die außenpolitische Lage in den nächsten Wochen sehr ernste Veränderungen erwidern wird. Wenn auch die Note nicht ganz so scharf ausgestellt ist, wie man es nach den ersten Ankündigungen erwartet hatte, so entspricht sie doch innerhalb klarer Summungen an Deutschland, die es jeder neuen Regierung außerordentlich schwer machen werden, zu einer Lösung des gegenwärtigen Konfliktes zu gelangen. Besonders bedeutend ist jedenfalls der Umstand, daß die alliierten Botschafter keine bestimmt Frist angaben, nach deren Ablauf die Belebung der Kölner Zone aufzuhören werden soll. Wenn immer wieder angeführt wird, daß die Räumung in Kürze aufgehoben würde, so ist doch in Deutschland gerade im jetzigen Augenblick nicht genug Zeit zu vertrauen, um Gegenmaßnahmen einzuleiten, um sich dadurch bereit zu halten, um späteren Angriffen nicht ausgesetzt zu werden. Besonders wichtig ist, daß die neue Regierung in der auswärtigen Politik auf rechte Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der radikalen Opposition rechnen kann.

Die Note der alliierten Mächte wird so schnell als irgend möglich von Deutschland beantwortet werden. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die deutsche Antwort höchstwahrscheinlich schon vor Ablauf dieser Woche, spätestens aber zu Beginn der kommenden Woche eröffnen. Die Stellungnahme der maßgebenden deutschen Regierungskreise steht selbstverständlich schon jetzt fest. Deutlicher wird gegen die Verhinderung der Räumung der nördlichen Zone in der nachdrücklichen Weise protest erhoben werden, und zwar wird die deutsche Regierung den alliierten Standpunkt widersprechen, wonach es nicht möglich gesehen sei, schon jetzt eine Entscheidung in dieser Frage zu treffen. Die Forderung nach Verhandlungen wird zwar in nachdrücklicher Form wiederholen, aber es ist schon jetzt vorzusehen, daß die deutsche Regierung nicht etwa ein direktes Verhandlungsangebot machen wird, sondern in der Hoffnung darauf besteht, daß die noch ständigen Fragen auf dem Verhandlungsweg restlos geklärt werden.

In den unterrichteten Kreisen will man wissen, daß die Interpretation der Note, die durch die alliierten Botschafter selbst erfolgt ist, der Reichsregierung vollkommen unzureichend erscheint, und daß daher die Föhlung besteht, durch die deutschen diplomatischen Vertreter bei den Ententemächten bestimmte Rückfragen zu stellen.

In einigen Blättern wird angedeutet, daß es wahrscheinlich in der Räumungsfrage zu einem Kompromiß zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten kommen wird, wie wir von durchaus unterrichteter Seite erfahren, kann im gegenwärtigen Augenblick keiner Raum die Rede sein. Gewiß besteht noch einige Möglichkeiten, den gegenwärtigen Konflikt die Spur abzubrechen, aber es muß betont werden, daß die Reichsregierung offiziell noch kein Kompromißvorschlag zugegangen ist und sie von sich aus absolut nicht in der Lage sein wird, den Gegnern irgendeine Angabe zu machen. Die Wege zu einer friedlichen Lösung können sich lediglich nur durch direkte Verhandlungen ergeben, bei denen die Reichsregierung immer nur auf den deutschen Rechtsstandpunkt hinzuweisen kann.

### Ergänzungen zur Kontrollnote

Dondon, 6. Januar. Der amtliche englische Befehlshaber meldet: Nach Fertigstellung des endgültigen Berichts der Kontrollkommission werden die verbündeten Regierungen der deutschen Regierung ergänzende Mitteilungen zur Räumungsnote machen, in denen die in der Note in gedruckter Form angeführten Bedingungen eingehend behandelt werden. Dadurch soll Deutschland die Möglichkeit gewinnen, aus der Klausel des Versailler Vertrages über die teilweise Räumung des besetzten Gebietes Nutzen zu ziehen. Man nimmt an, daß die Räumung noch im Laufe dieser Wege der deutschen Regierung zugesetzt werden kann.

**TU. Berlin, 6. Januar.** In der heutigen Nachmittagssitzung des preußischen Gesamt-Kabinets traten sämtliche Mitglieder mit Ausnahme des volksparteilichen Minister Dr. von Richter und Dr. Bölk die Absicht des Ministerpräsidenten Krahn, daß die Neuwahl des Landtages den Rücktritt des Kabinetts nicht erfordere. Daraufhin erklärten die volksparteilichen Minister ihren Austritt aus dem Kabinett. Das Kabinett wird nicht aufgelöst.

### Klarer Entscheidung verlangt

**Ob. Berlin, 7. Jan.** Reichskanzler Marx hat gestern in Besprechungen mit Fraktionsführern die Absicht geäußert, heute in neuen Verhandlungen die endgültige Entscheidung der deutschen Nationalen Fraktion zu verlangen. Die ganze Sache wird dadurch gekennzeichnet, daß darauf die Zentrumskreisen, sowohl die des Reichstages, gestern ihre Beratungen auf heute vertagt haben. Die Zentrumskreise des Reichstages hat dann insbesondere noch die Frage offen gelassen, welche Stellung sie bei der Wahl des Reichspräsidenten einnehmen wird. Bäuerliche Partei, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei werden sich gleichfalls erst heutig schlüssig machen, wie sie bei der Wahl stimmen wollen.

### Die Kommunisten verlangen Amnestie

**Ob. Berlin, 7. Jan. (Eig. Ber.)** Die kommunistische Reichsabgeordnete haben gestern vormittag eine Sitzung abgehalten und beschlossen, daß die Partei auf sofortige Erledigung der Amnestiefrage im neuen Reichstag bestehen bleibe. Im Falle einer Verkörperung durch die übrigen Reichstagsabgeordneten werde die allgemeine Obstruktion der parlamentarischen Beratungen ausgeprochen.

### Die Auswertungsfrage

**Berlin, 7. Januar.** Halbamtlich wird mitgeteilt: Zu kommandem Freitag sind Vertreter der Banken in das Reichsfinanzministerium gekommen, um das Reichstagssitzung vorliegenden Dokumente der Finanzminister anzusehen. Diese Besprechung soll ausschließlich den Beipreisung banktechnischer Fragen dienen, die gegebenenfalls bei einer Wahl in den Reichstag erworbenen Stellung der Reichsfinanzminister aneignen von Bedeutung sind. Eine Entscheidung ist in der Auswertungsfrage vom Reichsfinanzministerium bislang nicht getroffen worden. Auch das Reichskabinett hat bisher keine Entscheidung gebracht.

## Die deutsche Antwortnote überreicht

**TU. Berlin, 6. Januar.** Nachdem das Reichskabinett am Dienstag mittag die Antwort auf die Note der Alliierten in der Räumungsfrage beraten hatte, ist der Text der Antwortnote im Laufe des Nachmittags fertiggestellt und am Abend den Vertretern der alliierten Regierungen in Berlin überreicht worden. Die Veröffentlichung der Note wird erst nach ihrem Eintreffen in den Hauptstädten der Alliierten, also voraussichtlich am Donnerstag, erfolgen.

### Die Note vor dem Reichstag

**# Berlin, 6. Jan. (Eig. Informationsdienst)** Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, wird die Note der alliierten Mächte zu einer großen außenpolitischen Debatte im Reichstag führen. Der Außenminister Dr. Stresemann bedauert, sich mit den Führern der Reichstagsparteien in Verbindung zu setzen, um sie über den Standpunkt der Reichsregierung zu informieren. Am Anfang daran dürfte gleich noch Eröffnung der Debatte über das Regierungskonzept der Außenminister in einer Rede vor dem Reichstag die Zukunft Deutschlands in der Räumungsfrage darlegen und die Antwort der Regierung auf diese Frage gemacht werden soll.

### Der Handelsverkehr mit Frankreich

**Die von der französischen Abordnung ausgearbeitete vorläufige Vereinbarung wegen des Handelsvertrags mit Deutschland umfaßt 43 Artikel. Darin sind die von den französischen und deutschen Sachverständigen bereits angenommenen Teilvereinbarungen sowie die auf die Elsass-Lothringische Ausfuhr nach Deutschland bezüglichen Sonderablaufein enthalten. Die Vereinbarung beschäftigt sich auch mit der Frage des Niedertarifungsrechts, der Schifffahrt, der Gewährleistung für den industriellen Betrieb und die Fabrikarbeiten. Von französischer Seite wird betont, daß die Verhandlungen beiderseitig in dem französischen Weise und in guter Einsicht und Nachgiebigkeit fortgesetzt werden. Gleichzeitig mit dem vorliegenden Abkommen werden auch die Verhandlungen zwischen den Vertretern fortgesetzt. Heute werden die Vertreter der Lederverindustrie zusammentreten und hierauf die Beurteilungen der Metallindustrie. Der Entwurf des vorliegenden Abkommen ist vor drei Tagen der deutschen Abordnung zur Prüfung unterbreitet worden. Gleichzeitig wird noch über gewisse Veränderungen verhandelt. Die Annahme des Entwurfes durch die deutschen Vertreter steht noch nicht fest. Von französischer Seite wird hervorgehoben, daß das Abkommen auf eine Dauer von 4 Monaten berechnet ist.**

### Mussolini behauptet sich

**TU. Rom, 6. Jan.** Mussolini hat bereits wieder ein neues Kabinett gebildet. Neben den beiden liberalen Ministern ist auch der Justizminister zurückgetreten. An seine Stelle ist der Präsident der Kammer, Rocco, getreten. Zum Unterrichtsminister wurde Professor Fedele ernannt, zum Minister für öffentliche Arbeiten der Wg. Gianni, zur Zeit Minister ohne Portefeuille. Die anderen Minister bleiben im Amt. Mit Ausnahme des Marineministers und des Wirtschaftsministers sind sämtliche Mitglieder des neuen Kabinetts eingeschriebene Mitglieder der faschistischen Partei. Der Wirtschaftsminister Navia wollte ursprünglich zurücktreten. Auf Grund einer Unterredung Mussolinis mit dem Führer der nationalen katholischen Partei, der er angehört, ist jedoch diese Demission verhindert worden.

### Stumpfer Aufzug

Aus dem neuen Reichstag.

Die "Sturmabende" des Reichstags — er hat nämlich größere für gutes Weiter und kleinere für schlechte — statteten heftig im Frühlingssonne dieses frühlingshaften Januar. Über den von den Kommunisten angekündigte Anfang von 200000 besuchenden Deputierten war unschätzbar geblieben. Die "Bannmeile" um die Parlamente ist doch eine der besten Errungenschaften der Neuzeit. Auch im Innern des Reichstags ging es weit friedlicher her, als die Gläubiger der "Armen Fahne" es sich wohl vorgestellt haben mögen. In der Bandeckhalle begrüßten sie die alten Bekannten mit derben Herzlichkeit; die neuen Männer, deren Zahl ja nicht klein ist, wurden präsentiert. Und als um 3½ Uhr die Glocke in den Saal rief, sah man vor dem Präsidentensthron wieder (wie einst im Mai) den alten Sozialisten Voß-Gotha stehen, dem niemand den etwas zweitadelhaften Ehrentitel der Weltmeister der Gesellschaft zu sein, streitig möchte. Das Haus hatte sich, während die Regierungssitzungen leer blieben, höchst ansehnlich gefüllt. Man zeigte sich die Verhältnisse.

Schon lange vor Beginn der Sitzung sind die Deputierten überfüllt. In der Diplomaten-Szene wohnen die Vertreter der fremden Mächte den Verhandlungen bei. Auch auf der Journalisten-Ecke sind die Ausländer besonders zahlreich vertreten. Der Sitzungssaal selbst fühlt sich recht. Die meisten Fraktionen sind nahezu vollständig versammelt.

Um 8,20 Uhr eröffnete Alterspräsident Voß-Gotha (Soz.) die Sitzung. Gleich rufen die Kommunisten laut im Chor: "Amnestie! Amnestie!" Sie beruhigen sich aber bald wieder, und der Alterspräsident richtet an das Haus die Anfrage, ob jemand im Hause älter sei als er selbst, nämlich 79 Jahre. Da dies nicht der Fall ist, erklärt er die Sitzung für eröffnet. Er ernennt vier Abgeordnete zu Schriftführern.

Wg. Schaeffer (Komm.) verlangt vor Beginn der Verhandlungen das Wort zur Gesetzesordnung. — Im Hause entsteht große Unruhe und der Alterspräsident erklärt unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses, daß er das Wort zur Gesetzesordnung nicht erziele. Der kommunistische Abgeordnete Schaeffer läßt einige Zeit noch unschlüssig auf der Rednertribüne stehen, dann verläßt er diese unter dem Heiterkeit des Hauses. Darauf wird der Namen-Aufruf vorgenommen. Der Namen-Aufruf, der von den vier Schriftführern Schmidt-Meissner (Soz.), Schulz-Frankfurt (Dts.), Schwaiger-Frankfurt (Dts.) und Morath (DPB.) vorgenommen wurde, dauerte etwa ½ Stunde, und vollzog sich ohne jeden Zwischenfall. Während das Resultat der Ausszählung festgestellt wird, läßt der Alterspräsident geschäftliche Mitteilungen verlesen, u. a. vorerst mitgetragen, daß der Reichs-Dauhöfelsplan für 1924 und 1925 eingegangen ist. Inzwischen war auch der Reichstagsabgeordnete Witzel im Saal erschienen, der sich sofort den Schriftführern begab, aber dort erfahren mußte, daß der Namen-Aufruf bereits geschlossen war, und daß seine Meldung daher nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Der Alterspräsident teilt mit, daß 43 Abgeordnete anwesend sind, der Reichstag also beschlußfähig ist. Damit ist der Reichstag konstituiert. Der Alterspräsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Mittwoch Nachmittag 2 Uhr mit der Sitzesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Schriftführer.

Wg. Schaeffer (Komm.) beantragt, auf die Sitzesordnung den kommunistischen Antrag auf Freilassung der Gefangenen zu setzen. Herr Ebeler, dessen konterrevolutionäre Mole im Magdeburger Prozeß beobachtet wurde, habe den hochverräter Sitzesordnung freigeklassen, aber nicht die festgenommenen Arbeiter.

Wg. Böhr (Komm.) stellt weiter den Antrag, auf die Sitzesordnung die Frage der Freilassung der fünf verhafteten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hesse, Pfeiffer, Ursch, Rosenbaum und Holstein zu bringen. (Ärmende Arbeite der Kommunisten). Abstimmte kommunistische Delegierte aus ganz Deutschland seien in Berlin eingetroffen, und verlangen für kurze die Freilassung ihrer Abgeordneten.

Wg. Schulz (Dts.) weist darauf hin, daß eine sachliche Verhandlung im Reichstag erst möglich sei, wenn eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden sei. Er stellt den Antrag, die Reichstagsitzungen solange aufzufordern, und die Wahl des Präsidenten bis zur Bildung einer verhandlungsfähigen Regierung.